

Interview
14. März 2022

Klaus Reinhardt im Gespräch mit Dirk Müller

Dirk Müller: Corona – die Neuinfektionen steigen, die Inzidenzen gehen dementsprechend nach oben. Die Zahl der Menschen, die im Zusammenhang mit dem Virus sterben, geht ebenfalls nicht zurück – jede Woche mehr als 1000 Tote in Deutschland, mehr als 4000 dementsprechend im Monat. Doch die Politik setzt darauf, fast sämtliche Anti-Corona-Maßnahmen aufzuheben. Beim neuen Infektionsschutzgesetz, das Ende der Woche im Parlament verabschiedet werden soll, will die Ampel-Koalition die meisten Entscheidungsbefugnisse an die Bundesländer übertragen. - Am Telefon ist nun Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer. Guten Morgen!

Klaus Reinhardt: Guten Morgen, Herr Müller.

Müller: Herr Reinhardt, ist die Politik gerade dabei, Corona abzuwickeln?

Reinhardt: Das glaube ich nicht. Das ist ja auch nicht möglich, weil man kann ja eine Realität, die existiert, nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen abwickeln. Insofern, glaube ich, muss man sagen, das wird nicht gelingen, selbst wenn man sich das vornähme. Und die Tatsache, dass jetzt so viele Maßnahmen zurückgenommen werden und die Möglichkeiten, die den Ländern gelassen werden, doch deutlich eingeschränkt werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich doch das falsche Signal. Das muss man sagen.

Müller: Sie sind da beunruhigt?

Reinhardt: Ich bin insofern beunruhigt, als dass man sagen muss, dass wir doch in den letzten Wochen wieder steigende Infektionszahlen feststellen können. Wir können auch feststellen und sagen, dass die Verläufe, die durch Omikron ausgelöst werden, glücklicherweise milder sind und dass die Belastung in den Krankenhäusern zwar da ist und an einzelnen Stellen auch ausgeprägt ist, aber nicht vergleichbar groß ist, wie es das gewesen ist noch in den Wellen, die wir davor gehabt haben. In der Summe, kann man sagen, ist die Situation aktuell nicht so, dass dies Anlass böte, panisch zu sein oder in Angst zu verfallen, aber es ist auch nicht die Situation da, in der man sagen kann, man kann jetzt alles laufen lassen. Es ist insofern schwer verständlich, warum eine Maskenpflicht in bestimmten Einrichtungen sein soll, aber zum Beispiel im Einzelhandel und in der Gastronomie nicht, während man aber im öffentlichen Nahverkehr eine Maske aufsetzen soll. Es ist nicht so richtig durchgängig.

Müller: Ist das für Sie politischer Opportunismus?

Reinhardt: Das obliegt mir nicht zu beurteilen. Es ist für mich schwierig. Ich habe mit den Betroffenen nicht diskutiert über das Thema. Wir haben ja den Entwurf dieser Veränderung des Infektionsschutzgesetzes als Verbände nachts um eins bekommen und sollten bis morgens um zehn Stellung bezogen haben. Das ging alles ein bisschen, glaube ich, holterdiepolter hinter den Kulissen zu, so jedenfalls ist der Eindruck.

Müller: Sagen Sie noch mal, wann das passiert ist? Der Zeitplan ist uns jetzt nicht allen klar.

Reinhardt: Wenn ich es richtig im Kopf habe, war das letzte Woche Donnerstag auf Freitag. – Nein, es war anders! Es war Dienstagnacht oder Mittwochmorgen um 1:06 Uhr, und bis Mittwochmorgen um zehn sollten wir Stellung bezogen haben. Das ist im Hinblick auf Beteiligung von betroffenen Verbänden, Einrichtungen und Institutionen vielleicht dann doch ein bisschen eine Farce.

Müller: Herr Reinhardt, da frage ich jetzt noch mal nach. Ist ja sehr interessant. Um 1:06 Uhr sind Sie angerufen worden, das Fax hat dann geläutet, oder E-Mail?

Reinhardt: Um die Zeit erreichte uns als Bundesärztekammer die E-Mail mit dem vorgesehenen Entwurf.

Müller: Da wollten Sie jetzt nicht acht Stunden in der Nacht das alles durchexerzieren?

Reinhardt: Das war jedenfalls etwas ungewöhnlich. Das hat es aber schon mal gegeben. Es gibt auch Situationen, in denen man in ganz kurzer Zeit und Frist entscheiden muss. Alles das gibt es. Aber jetzt wussten wir ja schon etwas länger, dass am 19. März das Infektionsschutzgesetz in der vorliegenden Form ausläuft, und insofern ist es dann ein bisschen schwierig nachzuvollziehen, warum das in einer solchen zeitlichen Enge geschieht.

Müller: Fühlen Sie sich da überfahren von der Politik?

Reinhardt: Wir fühlen uns jedenfalls, wenn man von Partizipation und Beteiligung spricht, ein bisschen auf den Arm genommen.

Müller: Von Karl Lauterbach?

Reinhardt: Ja, vielleicht von Karl Lauterbach, vielleicht auch von allen anderen Beteiligten. Es ist ja nicht allein Herr Lauterbach, der das an dieser Stelle entscheiden und beeinflussen kann. Es haben ja offensichtlich Gespräche auch mit dem Justizministerium an der Stelle stattgefunden und es gibt auch einen Apparat in einem Ministerium, der arbeitet. Von allen zusammengenommen, die in diesem Kontext an der Stelle Verantwortung tragen.

Müller: Ist das allen Verbänden so gegangen, nicht nur der Bundesärztekammer?

Reinhardt: Das ist allen Verbänden identisch gegangen und wir haben auch alle in dieser Form darauf reagiert, uns geäußert. Das ist ja auch in der Tagespresse in Berlin gemeldet worden. Das ist kein Geheimnis, was ich jetzt hier erzähle, sondern ist Tatsache. Man hat sich auch dafür entschuldigt. Das kann ich an dieser Stelle feststellen. So ist es nicht. Ich glaube, auch den Beteiligten war klar, dass das ein bisschen komisch wirkte. Aber es darf trotzdem mal benannt werden, weil wenn Gesetze zustande kommen, die ja doch von nicht unerheblicher Tragweite sind, dann wäre es doch auch, glaube ich, aus grundsätzlicher politischer Überlegung heraus wünschenswert, wenn die mit einem gewissen Maß an Reflektionsmöglichkeit für alle Beteiligten zustande kämen.

Müller: Reden wir noch einmal über die Corona-Situation. Sie haben gesagt, die Krankenhäuser können ganz gut im Moment damit umgehen. Ich hatte die Zahl auch in der Moderation noch einmal aufgeführt, weil das ja doch manchmal dazu führt, dass man zumindest noch einmal stockt, weil viele Bürgerinnen und Bürger haben ja das Gefühl, wir haben das einigermaßen im Griff, und wenn ich dann Corona bekomme, dann ist es vielleicht doch gar nicht so schlimm. Das ist ja auch in den meisten Fällen so. Aber noch einmal: Mehr als tausend Tote in der Woche, dementsprechend mehr als 4000 Tote im Monat. An dieser Zahl hat sich ja wenig getan. Es sterben immer noch viele Menschen an Corona. Inwieweit ist das akzeptabel?

Reinhardt: Die Frage ist, ist das verhinderbar. Wir können uns nicht über die Tatsache unterhalten, ob Tod akzeptabel ist, ja oder nein. Tod ist unter Umständen nicht verhinderbar, in bestimmten Situationen eben nicht, und jetzt ist die Frage, was können wir tun und gibt es Möglichkeiten, an diesen Zahlen etwas Relevantes zu ändern. Ich finde, dass vor diesem Hintergrund zumindest mal das Instrumentarium, was den Länderparlamenten zur Verfügung gelassen wird, etwas größer sein könnte.

Zum Thema Maskenpflicht muss man sagen, wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir, glaube ich, auch als Bevölkerung mal langsam lernen müssen, ein bisschen selbständig, selbstverantwortlich mit all diesen Dingen umzugehen. Es gibt zwei Typen von Maskenträgern, die mir Sorgen machen. Der eine ist derjenige, der morgens in der S-Bahn sitzt und die Nase weit raus hängt und die Maske ist rechts und links nicht schließend und ist uralte. Wenn ich neben dem stehe, fühle ich mich natürlich nicht wohl, und für ihn selber ist es auch nicht vernünftig und gut.

Müller: Diese Pflicht soll ja bleiben, auch die vernünftig zu tragen.

Reinhardt: Die soll ja bleiben. Ich versuchte, Ihnen nur klarzumachen, dass man ein bisschen lernen muss und Menschen lernen müssen und wir das auch vermitteln sollten, dass man mit einem gewissen Grad an Selbstverantwortung und Fremdverantwortung lernen muss, mal umzugehen, das nicht immer nur auf Verordnungsbasis geschehen muss.

Es machen mir genauso Leute Sorgen, die mit einer bestens schließenden FFP2-Maske alleine mit ihrem Mountainbike durch den Wald fahren. Die machen mir auch Sorgen.

Müller: Warum?

Reinhardt: Weil das ein Hinweis dafür ist, die ist ja völlig überflüssigerweise getragen an der Stelle. Das ist ein Hinweis dafür, dass diese Menschen im Umgang mit der Erkrankung im Wesentlichen vor Infektionsangst und vor ihrer Angst mit der Erkrankung getrieben sind, die sie haben können und dürfen, aber die ja in dem Kontext, wenn sie alleine im Wald Mountainbike fahren oder joggen oder sonst was tun, völlig unangebracht ist. Beide Verhaltensweisen sind ein Hinweis dafür, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen selbstverständlichen, natürlichen Umgang damit haben. Man soll die Maske dann aufziehen, wenn man in einen Raum kommt, in dem viele Menschen auf engem Raum zusammen sind.

Müller: Egal wo? Ob im Supermarkt, in der Bahn, im Flugzeug?

Reinhardt: Egal wo, genauso ist es. Ob ich dazu eine Verordnung brauche, von Staats wegen, und eine Kontrolle, darüber kann man diskutieren. Natürlich bin ich dafür, dass der Instrumentenkasten größer und umfangreicher wäre. Das ja. Und es ist für mich auch nicht nachvollziehbar und unlogisch, dass ich im öffentlichen Nahverkehr eine Maske tragen soll, aber nicht im Supermarkt oder im Restaurant. Das ist ja nicht logisch nachvollziehbar. Insofern glaube ich, man kann es, aber man muss es nicht.

Müller: Herr Reinhardt, wir haben noch eine Minute. Ich möchte einen Punkt noch mal nennen, weil Sie sagen, die Instrumentarien müssen irgendwo in irgendeiner Form noch erhalten bleiben, und die stehen ja auf der Kippe. Wenn wir die Schlagworte nehmen: 3G, 2G, 2G+ und so weiter. Das wird mit großer Wahrscheinlichkeit in den kommenden Monaten kein Instrumentarium mehr sein, was in der Praxis in irgendeiner Form zum Tragen kommt. Ist das richtig?

Reinhardt: Das halte ich für falsch, dass das nicht mehr existiert und nicht mehr angewandt werden kann. Ich finde es auch deshalb nicht richtig, weil wir ja sagen müssen, dass diese Zugangsregelungen und Beschränkungen ja auch ein bisschen dafür dienen, diejenigen, die sich bisher nicht haben impfen lassen, ein wenig milde darauf hinzuweisen, dass es vielleicht klug und gut wäre, das zu tun. Das fällt jetzt auch weg und ich glaube, vor dem Hintergrund wäre es klug, wenn wir es erhielten.

Müller: Jetzt haben Sie kurz geantwortet. Noch eine Chance für mich. Impfpflicht – sollen wir daran festhalten?

Reinhardt: Impfpflicht ist, finde ich, vor dem jetzigen Hintergrund, dass die Impfung leider doch nicht vor der Infektion schützt, zwar vor einem schweren Verlauf, aber in vielen Fällen nicht vor der Infektion, ein komplexes Thema und aus meiner Sicht schwierig durchzuhalten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.